

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Einzelgenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Veranlagungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer



### Weihnachten 1916

„Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“ So kündigt sich uns die frohe Weihnachtshoffnung an. Sie erfasst und durchdringt unsere Herzen tief in seltsam erschauern. Heute noch mehr denn je. Denn hart ist die Zeit, die über die Erde geht, und schwer die Not, in der sich die Menschen befinden. Und so klingen's aus Millionen Menschenherzen tiefstimmlich: Friede auf Erden, Herr Gott, mach' dem Glend ein Ende.

Eine Friedenstaube nahm dieser Tage ihren Weg durch die Welt: Deutschland und seine Verbündeten boten ihren Gegnern die Hand zum Frieden an. In jähem Ruck blieben die Menschen stehen, horchten gespannt auf und griffen mit gierigen Händen nach der Botschaft. Frieden? Ja, kann's denn noch einmal Frieden geben? Zweifel und Glauben, Hoffnung und Verzweiflung schritten einen heftigen Kampf miteinander. Zu schnell kam's den Menschen, zu unerwartet das geschickt gehütete Geheimnis. Nach all dem Furchtbaren, das in den vielen Kriegsmontaten über die Welt gegangen, nach den herben Enttäuschungen, über der Menschheit Einsicht den Frieden in so naher Nähe vor sich auftauchen zu sehen, das war die Überraschung, zu groß, um sich ihr ergeben zu können.

Aber die Tat ist geschehen, der Wille zum Frieden hat erstmalig seine Stimme vernehmen lassen. Klar und unzweideutig haben Deutschland und seine Verbündeten die Friedenseinladung an ihre Feinde ergehen lassen. Stolz und frei. Wir haben den Krieg nicht gewollt, wir haben uns nur gegen Vernichtung gewehrt. Das Ziel ist erreicht, das Schwert hat zu unseren Gunsten entschieden. So klingt es vernehmlich aus unserem Friedensangebot heraus. Werden unsere Feinde in die hingehaltene Hand bereitwillig einschlagen, oder werden sie dieselbe zurückstoßen, immer noch in dem Glauben befangen ihr Ziel doch noch erreichen zu können?

Die Antwort wird nicht lange auf sich warten lassen. Und es ist zu gesehen, die Hoffnungen sind nicht groß. Das, was uns in diesen Tagen an absprechenden Äußerungen unseres Friedensangebots aus jenen Ländern entgegenlang, war wenig ermutigend. Auch direkte Ablehnung aus verantwortlichen Munde war bereits zu vernehmen.

Das Friedenssehnen ist nicht mehr aus der Welt zu bannen. Und wenn die feindlichen Staatsmänner es sich jetzt noch einmal fertig bekommen sollten, die Kriegsjurie zu verlängern, das Friedensangebot des Deutschen Kaisers wird doch seine Wirkung ausüben. Bleiben gar erst die erhofften Erfolge aus, dann werden unsere Gegner auch heute noch träumen, dann werden ihre heutigen Führer oder richtiger gesagt Versöhler, hinweggesetzt werden, von dem Friedenssturm, der ihre eigenen Banner ergreifen wird. Es ist ihnen auch in der Zukunft keine Erfolge blühen, davon sind wir festest überzeugt. Hindenburg rasset nicht, erklärte der Reichskanzler im Reichstag. Aber auch das heutige Volk rasset nicht, das wird die Zukunft mit aller Deutlichkeit und Gründlichkeit lehren.

Zum Frieden bereit, der Gefahr gegenüber gerüstet. So steht das deutsche Volk einig und geschlossen in diesen Weihnachtstagen da.

Das deutsche Volk wünscht den Frieden aus tiefer Seele. Keinen Frieden um jeden Preis, sondern wie er sich hören und freien Volkes würdig

ist. Daß das Friedensangebot gerade in die Weihnachtzeit hineinfiel, gibt diesen Tagen ein besonderes Gepräge.

Weihnachten ist das Fest des Friedens und der Liebe. Beugen sich unsere Gegner dem weltgeschichtlichen Moment, zeigen sie sich bereit einzuschlagen, dann würde der Welt ein wahres Fest der Liebe und des Friedens beschieden. Der Segen des Friedens würde sich über die Lande ergießen, wo heute noch Ströme von Blut münden. Möge Gott die Herzen rühren, auf daß es nicht an Einsicht und an gutem Willen mangelt.

Wir feiern ernste Weihnachten. Noch ernster als sonst. Wir denken an die, die unterm kühlen Rasen in fremder Erde ruhen. Manche Träne wird um sie unter dem Lichterbaume fließen. Die anderen stehen in Ost und West, im kalten Winter Russlands oder in der heißen Sonne Mesopotamiens. In Belgien, Frankreich, Serbiens, Mazedoniens, Rumaniens Gefilden, überall sehten und bluten Deutschlands Söhne. Ihr Gedenten ist bei uns in der Heimat in diesen Tagen, unserer bei ihnen draußen an der Front. Wir halten uns im Geiste umschlungen, eng vereint im Wünschen und Hoffen. Wir bleiben aufrecht. Uns hält das Gerechte unserer Sache, wofür wir streiten. Mag's auch noch so schwer werden, Gott wird uns nicht untergehen lassen. Und er wird uns das bringen, worum wir in diesen Tagen flehen: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“



### Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände über das Hilfsdienstgesetz

Am Dienstag, den 12. Dezember, fand in den Germania-Sälen zu Berlin eine gemeinschaftliche Konferenz sämtlicher gewerkschaftlicher Organisationen und Angestelltenverbände statt, um zur praktischen Durchführung des Kriegshilfsdienstgesetzes Stellung zu nehmen. Die Tagung war von über 800 Delegierten besucht. Von der Reichsregierung und dem Kriegsamt waren erschienen Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich, General Gröner, Unterstaatssekretär Richter, der Direktor im Reichsamt des Innern, Erzellenz Dr. Caspar u. a. Die Verhandlungen wurden geleitet von den Vorsitzenden der großen gewerkschaftlichen Gruppen und Angestelltenverbände.

Reichstagsabgeordneter Legien, der die Verhandlungen eröffnete, wies einleitend auf die Eigenart dieser Versammlung hin. Die gemeinsame Not habe zum ersten Male alle gewerkschaftlichen Organisationen und Angestelltenverbände zu gemeinsamer Arbeit vereinigt. Die Feinde Deutschlands setzen alles daran, um uns zu zerschmettern, um Deutschland wirtschaftlich zu erdrücken. Gelänge das, würden es gerade die Arbeiter sein, die am härtesten davon betroffen würden, sie würden dann ihr Bündel schnüren müssen, um in fremden Ländern ihr Brot zu verdienen. Deshalb treten die Gewerkschaften und Angestelltenverbände für die Durchführung des Kriegshilfsdienstgesetzes ein, damit unsere Feldgrauen so ausgerüstet sind, damit sie dem Ansturm unserer Feinde einen menschheitlichen Wall entgegensetzen. Um das leisten zu können, was geleistet werden soll und geleistet werden muß, ist es erforderlich, daß den Arbeitern die nötige Nahrung geliefert wird. Die Kosten des Krieges sind von allen gemeinsam zu tragen. Diejenigen, die aus gewinnstüchtigen Absichten, aber nicht sie selbst

keinen Abtrag tun wollen, die Nahrungsmittel zurückhalten, müssen mit aller Schärfe angefaßt werden.

Staatssekretär Helfferich begrüßte im Namen der Reichsleitung die Konferenz. Auch überbrachte er Grüße und Wünsche des Reichskanzlers, der bebauerte, nicht persönlich kommen zu können. Helfferich betonte, daß es für die Reichsleitung kein leichter Entschluß gewesen sei, das deutsche Volk durch ein in alle Verhältnisse so tief eingreifendes Gesetz nach fast 2 1/2 Jahren schwerer Kriegsnöte zu einer neuen Steigerung von Opfern und Leistungen aufzurufen. Der Entschluß sei gefaßt worden als der beste und sicherste Weg zum großen Ziel. Unter dem Druck der unerhörten Anstrengungen unserer Feinde, in dem Trommelfeuer der gewaltigsten Schlacht der Weltgeschichte sei das Gesetz geboren. Das deutsche Volk habe den Krieg nicht gewollt, auch auf der Sonnenhöhe seiner Waffenerfolge hätte Deutschland sich bereit gezeigt zu einem Friedensschluß, der dem Deutschen Reich seine Stellung unter den Nationen und seinem Volke ein freies Feld für seine friedliche Arbeit sichert.

Ueber die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes erklärte Helfferich, daß sich die Reichsregierung und die oberste Heeresleitung vom ersten Augenblick darüber klar waren, daß das Gesetz nur dann das Höchstmögliche Wirkung haben würde, wenn das Volk in allen seinen Schichten freudig mitwirkte. Er schloß:

„Die Tatsache der Einberufung und des so zahlreichen Besuchs dieser Versammlung aus allen deutschen Gauen, aus den Organisationen aller politischen Richtungen legt Zeugnis davon ab, daß der Ruf an die deutsche Heeresarmee in den Herzen der organisierten Arbeiter und Angestellten den vollen Widerhall findet, den das Vaterland erwartet. Sie bekunden durch Ihre Anwesenheit, daß Sie helfen und mitarbeiten wollen. Ihre Hilfe und Mitarbeit ist uns die Gewähr des Erfolges. Und der Erfolg wird weiter reichen als zum unmittelbaren Zweck des Gesetzes, so gewaltig dieser Zweck für sich allein schon ist. Der Krieg hat uns dazu erzogen, innere Gegensätze und Streitigkeiten zurückzustellen, um mit der vollen Kraft der Einigkeit dem Vaterlande in schwerer Zeit dienen zu können. Das Hilfsdienstgesetz führt uns auf diesem Wege weiter. Wie es aus der Gemeinschaftsarbeit der Heeresleitung, der Regierung, der Parteien und des Volkes in allen seinen Schichten hervorgegangen ist, so ist die Gemeinschaftsarbeit das Element seines Lebens und Wirkens. In den Organen, die das Gesetz vorsieht, werden die Vertreter der Arbeitnehmer zusammen mit Vertretern der Arbeitgeber und der Behörden die Arbeit der Durchführung zu verrichten haben. Diese Gemeinschaftsarbeit wird fruchtbar und erfolgreich sein. Sie wird das gegenseitige Verständnis für die Anschauungen, Wünsche und Bedürfnisse des anderen Teiles wecken und damit dem gegenseitigen Vertrauen die Wege ebnen. Nicht, daß wirtschaftliche Interessenkämpfe künftighin aufhören könnten oder sollten! Das wäre Utopie. Aber die Einsicht in die Lebensberechtigung und in die Lebensnotwendigkeiten des anderen Teiles und die ehrliche Abwägung der beiderseitigen Sonderinteressen mit den Erfordernissen des Gemeinwohls — das wird künftighin manchen Streit verhüten und manchen Kampf in seinen Formen und Wirkungen mildern. Der Hilfsdienst ist Kriegs- und Notgesetz. Aber der Gewinn, der aus der Einheit der Pflicht und der Einheit der Arbeit entspringt, darf uns nicht wieder verloren gehen. Dieselbe Kraft, die uns Sieg und Frieden bringen muß, dieselbe Kraft soll uns im Frieden helfen, die Wunden des Krieges zu heilen, aus Trümmern wieder aufzubauen und die unzerstörbaren sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes einem neuen Aufstieg zuzuführen.“

General Gröner überbrachte die Grüße des Reichskanzlers, der viel von der Tagung und der Mitwirkung der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen bei der Durchführung des Gesetzes erwartete. Er (Gröner) hofft, daß alles in gegenseitigem Vertrauen gelinge und daß wir bei der

meinsamen Arbeit im Kriege eine gute Saat für die Zukunft des deutschen Volkes hervorgehe.

Reichstagsabgeordneter Bauer referierte sodann über die Bestimmungen und den Inhalt des Hilfsdienstgesetzes, Reichstagsabgeordneter Franz Behrens über dessen praktische Durchführung. In der ausgedehnten Diskussion brachten die Redner aus den einzelnen Berufen und Organisationsgruppen ihre Wünsche zur Geltung, für das Baugewerbe die Kollegen Wieberg und Paepflow. Ein Vertreter der Angestellten, Herr Aufhäuser, hob die Verdienste der Gewerkschaftsvertreter im Reichstage um die Verbesserungen des Gesetzes hervor.

Herr Schlöde, Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der als Vertreter der Arbeiter in das Kriegsamt berufen wurde, erklärte, daß ihm nach anfänglichem Zweifel, ob er ins Kriegsamt eintreten sollte, die Tagung den Beweis erbringe, daß er frohen Mutes in das Amt eintreten könne, ja, daß die Annahme eine zwingende Pflicht und Notwendigkeit sei. Gestützt auf das Vertrauen der Arbeiter und Angestellten, werde er sich bemühen, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten, wie es auf der Konferenz zum Ausdruck gekommen sei. Er hoffe dabei auf die Unterstützung aller Arbeiter und Angestellten Deutschlands.

Einstimmig wurde von der Konferenz folgende Resolution angenommen:

„Die am 12. Dezember in den Germania-Sälen zu Berlin versammelten Vertreter von rund vier Millionen organisierter Arbeiter und Angestellten erklären, an der Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst nach Kräften mitarbeiten zu wollen. Die durch die Organisation der Arbeiter und Angestellten vertretenen Volksschichten sind bereit, einig und geschlossen alle Kraft in den Dienst unseres Landes zu stellen, damit die Vernichtungspläne der Gegner Deutschlands erfolglos bleiben. Von der Reichsregierung und dem Kriegsamt erwarten die Versammelten weitgehende Förderung der berechtigten Bestrebungen der Arbeiter und Angestellten auf Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie die Sicherung des Koalitionsrechts. Sie fordern eine schärfere Bekämpfung des Lebensmittelwuchers und eine bessere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel, damit die arbeitende Bevölkerung die an sie gestellten Anforderungen erfüllen kann.“

Generalsekretär Siegerwald konnte mit Recht die Tagung schließen mit dem Hinweis auf deren große Bedeutung. Vor zwei Jahren sei an eine solche gemeinsame Tagung noch nicht zu denken gewesen. Es sei zu hoffen, daß diese gemeinsame Arbeit für die Zeit nach dem Kriege gute Früchte trage.

### Die Sorgen der Entente

Der Himmel der Entente hat sich stark bewölkt. Alle volkstümliche Erfahrung hat den Satz aufgestellt: „Ein Unglück kommt selten allein.“ Das sehen jetzt, wie es scheint, auch die Mächte der Entente bestätigt. Es jängt an, ihnen Pech zu gehen. In diesem Zustand hat es für sie großen Wert, nach außen hin das Gesicht zu wahren, also die Welt möglichst lange über das wahre Mißgehen der Dinge zu täuschen, bis vielleicht ein neuer Weg gefunden ist, auf dem sich wieder ein Zugang zu

besseren Zeiten öffnet. Und nun müssen ihnen gerade jetzt, wo sie es zu Hause schon schwer genug haben, fünf besonders unangenehme Dinge widerfahren, deren Wirkung und Eindruck ganz unberechenbar sind. Zuerst kam der rücksichtslose Streich der beiden zentralen Kaiserreiche, der der Entente den günstigsten Wind aus den Segeln nahm: die Wiederherstellung des Königreichs Polen. In London herrschte peinliche Verlegenheit, in Paris Bestürzung und ohnmächtige Wut. Man konnte von Rußland nicht erlangen, daß das Manifest der beiden Kaiser übertrumpft wurde. Es blieb nur übrig, den bedeutungsvollen Akt als einen eigensüchtigen Versuch der Mittelmächte hinzustellen, sich neue Soldaten zu verschaffen. So hoffte man das Ganze als einen Beweis der Schwäche und der nachlassenden Widerstandskraft Deutschlands und Oesterreich-Ungarns umgedeutet zu haben. Mit Aufregung hatte man aus dem Geschehen den Trost herausdestilliert: Deutschland ist am Ende seiner Kräfte!

Da kam der zweite Schlag, das deutsche Hilfsdienstgesetz. Also keine Spur von Kriegsmüdigkeit in Deutschland, sondern im Gegenteil ein neuer Beleg für die Opferwilligkeit des deutschen Volkes und die Organisationskraft des Reiches, für die ungechwächt fortdauernde Fähigkeit und Entschlossenheit Deutschlands zum Widerstande und zum Durchhalten bis zum Siege. Aus den ersten Neußerungen der französischen Presse spricht deutlich die Erkenntnis, daß Deutschland mit dem Hilfsdienstgesetz einen Schritt von großer Bedeutung für die Entscheidung des Krieges getan hatte. Wie stark dieser Eindruck war, zeigen die Erörterungen der Frage, ob Frankreich diesen Schritt gleichfalls tun sollte. Voll Bitterkeit rief Hervé seinen Landsleuten zu: Weshalb tragen wir Bedenken, die Deutschen nachzuahmen? Wir tun ja seit Beginn des Krieges nichts anderes, als die Deutschen nachzuahmen! „Wir sind ja unfähig, irgend etwas selbst auszudenken! Wenn wir uns der Notwendigkeit entziehen wollen, sie nachzuahmen, warum tun wir nicht vor ihnen alles, was nötig ist?“ Bald jedoch trat das Bestreben hervor, die Frage mit größerer Vorsicht zu behandeln. Jeder Kenner Frankreichs und des französischen Volkes mußte sehen, daß die Befolgung des deutschen Beispiels leicht als ein Eingeständnis beginnender Schwäche aufgefaßt werden könnte, weil eine Rechtsanpassung nach dieser Richtung hin von den Franzosen nur in der äußersten Not übernommen werden würde, und diese Not hatte man ja bisher stets hartnäckig geleugnet. Nun fand der „Temps“ die richtige Formel für die Lüge: „Es wäre verfehlt, von Seiten der Verbündeten, dem deutschen Beispiel zu folgen, wenn Deutschland zu den Mitteln der Verzweiflung greifen muß.“ Das Blatt begründet das weiter damit, daß Deutschland gewissermaßen belagert sei, während die Verbündeten über Vorräte und Menschenmaterial aus aller Welt verfügten. So war eine Quelle der Beunruhigung vorläufig zugekoppelt, und man konnte es dem weiteren Verlauf der Kriegereignisse überlassen, diese Lust zu verwirklichen und die beginnende Schwäche der Deutschen dargutun.

Aber eine dritte, noch böhere Erfahrung schreckte die Gemüter wieder aus ihrer Sicherheit auf. Von Tag zu Tag hatte man auf eine günstige Wendung des rumänischen Feldzuges gehofft, aber es blieb nicht nur bei der einfachen Enttäuschung über die mangelnden Erfolge der Rumänen und die fehlende russische Hilfe, sondern der Verlauf des von den Waffen der Mittelmächte glänzend ge-

führten Feldzugs mußte auch die Empfindungen unserer Feinde zur schwersten Sorge und ernstester Beunruhigung steigern. Dazu hatte man also den Mittelmächten einen neuen Feind auf den Hals gehetzt, um so etwas zu erleben! Die Kriegserklärung Rumäniens war in dem Augenblick erfolgt, als es nach der Darstellung der verantwortlichen Stellen bei den Alliierten nur noch eines mäßigen Druders bedurfte, um die durch die Russenoffensive und die Sommeschlacht zermürbten Mittelmächte zur gänzlichen Erschöpfung zu bringen. Und gerade dies mußte zu einem der größten und augenfälligsten Triumphe führen, die den Gegnern der Entente bisher zuteil geworden sind.

Dazu als vierter Schlag der Zusammenbruch der Entente politik gegen Griechenland. Es ist noch nicht an der Zeit, ein endgültiges Urteil über diese Ereignisse zu fällen, aber was schon jetzt feststeht, ist der starke Eindruck, der vor allem auch in der neutralen Welt haften wird, daß der Fehlschlag, den die drei beteiligten Mächte zu verzeichnen haben, nicht so sehr das Ergebnis einiger zufällig falsch gewählter Maßregeln, sondern eine Offenbarung des wahren Charakters der Macht und Politik unserer Feinde ist. Die Gewohnheit, eine verbrecherische und brutale Vergewaltigungspolitik durch ein die Tatsachen vertennendes herrisches Auftreten zu betreiben und sie hinter einem Aufwand heuchlerischer Phrasen zu verbergen, ist hier wider Erwarten ihrer Vertreter auf eine ernsthafte Probe gestellt worden und hat sie nicht bestanden. In der Politik gilt nicht die Moral des privaten Lebens, daher pflegt auch eine verbrecherische Politik wenigstens vorläufig zum Ziele zu führen und durch die Bewunderung oder Furcht, die sie erregt, nachzuwirken, aber um so mehr muß sie sich hüten, den Maßstab der Wirklichkeit zu verlieren; denn in dem Augenblick, wo das geschieht, wird eine solche Politik zur einfachen Dummheit, die sich selbst um alle beabsichtigten Wirkungen bringt. Dieses Ergebnis der Griechenpolitik der Entente gilt, wie immer sich auch die Dinge weiter entwickeln mögen, einer verlorenen Schlacht gleich.

Endlich kommt als fünfter und bisher letzter Schlag das deutsche Friedensangebot, das eine große Spannung ausgelöst hat. Das geräuschvolle Gebaren der feindlichen Presse zeigt uns, daß sie die Wirkungen dieser Tatsache in den kriegsführenden Ländern zu fürchten hat. Es wird auch den feindlichen Regierungen Mühe kosten, mit der geschaffenen Lage fertig zu werden. Die Tatsache, daß der offenkundige Sieger, der immer noch in der Lage ist, jeden Augenblick seine Stärke durch die Tat zu erweisen, irrtliche, positive Friedensverhandlungen vorschlägt, ist nun einmal nicht umzubringen und durchkreuzt auch alle Pläne, die auf die Haltung der uns übelwollenden Neutralen gegründet sind, nicht unwesentlich. Eine einfache Ablehnung unseres Vorschlages bedeutet für unsere Feinde eine Verleugnung des Standpunktes, den sie bisher vor den Neutralen vertreten haben, und das ist peinlich. Es bedeutet weiter die unverhüllte Uebernahme der Verantwortung für die Fortdauer des Krieges vor aller Welt, und das ist noch peinlicher. Entschließen sich aber die Ententemächte einmal, unsere Vorschläge wenigstens anzuhören, so gefährden sie unter Umständen die innere Einigkeit ihrer Völker, sicher aber die Harmonie ihres Verbandes. Eine schlimme Zwischmühle!

Wir spüren überall in den Ententeländern die Wirkungen aller dieser Widerwärtigkeiten, die an

### Aus dem Lazarett

Süddeutschland, im Dezember 1910.

Lieber Freund!

„Auf einer feine Schulbigkeit in Ort und Stell zu seiner Zeit, dann ist er seines Plages würdig und seiner Brüder ebenbürtig.“

Auf dies Dichterwort gestützt, getraue ich mir, Dir auch mal einen „Selbstpostbrief“ zu schreiben. Ich kann Dir zwar nichts erzählen, wie die bisherigen Kollegen in ihren Selbstpostbriefen, von heißen Kämpfen mit der Waffe, von Rasenrennen, Trampeln, Sturmangriffen und was dergleichen furchtbare Dinge mehr sind, sondern nur von der viel beschwerlicheren Tätigkeit im Lazarett. Doch sie mag ja auch sein, die Furcht für unsere verwundeten und kranken Kriegsgenossen, und wer sich da brauchen nicht nötig machen kann, der hat dazu im Lazarett noch Gelegenheit. Allerdings ist auch der Krankenbesuch nicht so leicht, wie manchmal angenommen wird, er wird mitunter sogar recht schwer und kann auch große Anforderungen an die Kräfte des Wärters stellen. Wenn ja auch überall, dann ist beim Krankenbesuch ganz besonders Vorsicht geboten. Man muß den Kranken sorgfältig untersuchen, aber die richtige Erleuchtung verhindern, aber die Befragung beantworten, ja sogar das Leben gefährden. Und wenn man dann, wie die Angehörigen der Kranken an sich so vieler Sorge sind, dann zeigt das auch, welche große Verantwortung der Krankenbesuch hat, weil eine falsche Diagnose oft die besten Hoffnungen zerstört. So ganz und gar unbedenklich ist also auch der Kranken-

wärter nicht, und die Hand ist ja auch nur dann Hand, wenn auch der kleine Finger dabei ist.

Ich versehe den Krankendienst nun schon fast zwei Jahre. Sind nur Leichtverwundete oder Kranke im Lazarett, ist der Dienst ja leicht. Anders ist es bei Schwerverwundeten. Hier verlangen auch die Operationen und der Verbandwechsel recht starke Kräfte, und wer da mit dem zu Behandelnden fühlt, der ist nach einem halben Tag dieser Arbeit auch fertig. Glücklich ist eigentlich der, den so was „kalt“ läßt. Der Mensch ist ja auch ein „Gedohnstier“ auch in dieser Beziehung, aber dennoch werden viele von diesem Mißfühlen nicht ganz frei. Was das Beste ist, auch für den Patienten, darüber gehen die Meinungen auseinander. Keinesfalls aber ist ein jämmerliches Behalten von Vorteil.

In einem Lazarett hatten wir unter etwa 300 Patienten zu gleichen Teilen Deutsche, Franzosen, Russen, Engländer, und von den Franzosen und Engländern nicht nur europäische, sondern aus allen Weltteilen. Darin sah man auch so recht bewiesen, wie die Segner (England) jetzt die ganze Welt gegen uns ins Feld führen. Wenn man nun auch diesen Völkern die gerechte Strafe für das namenlose Elend des Krieges gönnt, so scheidet dabei der einzelne doch aus, um so mehr, als wohl nur eine Handvoll aus den höchsten Kreisen der Segner, dies Elend über die Welt brachte. Wie oft wurde gesagt, wenn wir in einem armen bedürftigen Ausländer auf dem Operationsbette liegen haben, jammern unter furchtbaren Schmerzen, wenn wir nur mal den Kopf so hier liegen hätten. Ja, mein lieber Freund, ich glaube wahrhaftig, man wäre süßig gewesen, ihn mal eine Zeitlang zappeln zu lassen, wenn auch ja alle Segnerhaft gegenüber dem armen Feinde zu haben hat. Er ist dann eben nicht mehr Hand, sondern hilflos liegendes Vieh, dem man

bestem können zu helfen, Menschenpflicht ist. Selber wird in diesem Kriege selbst diese Menschenpflicht nicht einmal überall beobachtet.

Wenn man sich mit den feindlichen Patienten durch einen Dolmetscher unterhält, so hörte man immer, wie sie durch allerhand Besprechungen oder Bebrückungen zum Kriegsdienst gebracht. Ja, sie sind alle zu bedauern, die da die großen Opfer bringen, und wissen nicht für was, und sich abschlagen lassen für — England.

Bringt schon der Verkehr mit einem Fremdsprachigen im allgemeinen Schwierigkeiten, dann besonders im Krankendienst. Wenn ein Dolmetscher da ist, dann geht es ja noch, sonst ist es einfach schrecklich, wenn man einen Schwerkranken nicht verstehen kann. Als wir eines Tages einen sehr schwer verwundeten Australier verbanden, hatte sich der Dolmetscher, ein richtiger Engländer, heimlich fortgemacht. Nach langem Suchen fand ich ihn, und auf Vorhaltungen sagte er, daß er so was nicht mehr mit ansehen konnte. Als ich ihn darauf hinwies, daß der arme Australier doch nur für England die furchtbaren Wunden bekommen habe, erklärte er, das wäre ihm gleich. Es sollten dann die kommen und ihn verbinden und den Dolmetscher machen, die auch den Krieg gemacht hätten. Ein französischer Dolmetscher wurde dann herbeigeholt.

Meist noch bei Nacht als am Tage sind die Patienten der Obhut des Wärters anvertraut. Wenn auch der Arzt des Nachts immer halb zu erreichen ist und bei wichtigen Sachen immer gerufen werden muß, so ist die Verantwortung des Wärters doch wohl größer, wo er so ganz allein eine Anzahl Schwerkranker zu beobachten und die verordneten Heilmittel zu geben hat. Ein feierliches Gefühl beschleicht einen, wenn man dann im großen Krankensaal bei gedämpftem Licht von Bett zu Bett geht, hier dies, dort jenes zu tun hat. Die feier-

dem stolzen Gebäude der Hoffnungen unserer Feinde rütteln. Überall erkönt bei ihnen der Ruf nach einem starken Mann, überall kriselt es stark. In England bleibt es nicht mehr bei der Lebensmittelteuerung, die das reiche und willenszähne Volk willig ertragen hat; zum ersten Male taucht jetzt auch das Gespenst der Lebensmittelnot vor dem geistigen Auge der Kundigen auf. Ein Kriegsrat mit diktatorischer Gewalt soll schnellstens Rat schaffen. In Frankreich wagt die Kammer über die wichtigsten Fragen nicht mehr öffentlich zu verhandeln, weil eine Probe gezeigt hat, daß über die Heranziehung der letzten Menschenkräfte zur Verteidigung des Landes die schlimmsten Wahrheiten in das Volk und in die nichtfranzösische Welt hinausbringen können. In Italien nur klägliche Versuche, die Notlage des Landes vor der Öffentlichkeit zu verbergen und zu beschönigen. In Rußland der chronische Ministerwechsel, das Wahrscheinlich auch jetzt noch nicht abgeschlossene Suchen nach einer Persönlichkeit, die das Unlösbare zu lösen versteht. Wenn wir das alles sehen, können wir erst recht erkennen, wie gering doch im Vergleich damit die Sorgen sind, die uns bedrücken, und wie groß für uns die Berechtigung ist, guten Mutes in die Zukunft zu schauen.

### Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: Unteroffizier **Rußmann**, Mitglied der Zahlstelle Sörbe; **Otto Wölff**, Mitglied der Zahlstelle Olwa, Zimmerer. Die **heftige Zappferleitsmedaille** erhielt Gefreiter **August Rister**, Mitglied der Zahlstelle Grieben.

Die **Drohung mit dem Schützengraben**. Der preussische Kriegsminister hat an die stellvertretenden Generalkommandos folgenden Erlaß herausgegeben:

„Der für die Kriegsinindustrie Reklamierter wird grundsätzlich entlassen; damit scheidet er während seiner Zurückstellung aus dem Dienst in der bewaffneten Macht aus und unterliegt den Bestimmungen für den vaterländischen Hilfsdienst.“

Es ist demnach nicht angängig, aus einem Arbeitswechsel seitens des Reklamierten oder aus einer anderen Streitigkeit über das Arbeitsverhältnis die Veranlassung zur Einziehung zum Waffendienst zu fordern.

Solche Streitigkeiten müssen beim Reklamierten, ebenso wie bei jedem anderen Arbeiter, auf dem Wege des Schlichtungsverfahrens beseitigt werden. Der Reklamierter erhält also seinen Abfahrtschein, sucht sich scheinbar eine Arbeit in seinem Fach oder wird durch den Schlichtungsausschuß einem Betrieb überwiesen.

Entzieht er sich nach dem Urteil des Ausschusses böswillig der Arbeit, für die er zurückgestellt ist, so entfällt selbstverständlich die Ursache für seine Reklamation; er wird wieder zum Dienst in der bewaffneten Macht eingezogen. Der Arbeitgeber hat darauf keinerlei Einfluß.

Im übrigen beruht selbstverständlich die Einziehung zum Waffendienst lediglich aus militärischen Gründen.

Die militärische An- und Ummeldung des Reklamierten beim Arbeitswechsel ist den militärischen Bestimmungen entsprechend notwendig, damit die Kontrolle über den Aufenthalt des Wehrpflichtigen nicht verloren geht.

Natürlich wird durch vorstehende Bestimmungen das Recht der Militärverwaltung nicht berührt, in den Betrieben überflüssige unersehene Wehrpflichtige einzuziehen.“

Mit dieser Verordnung wird es in Zukunft hoffentlich unmöglich gemacht, daß man reklamierte Arbeiter durch die Drohung mit dem Schützengraben gefügig und willfähriger zu machen versucht. Daß jeder seine Arbeits-

pflicht erfüllen muß, ist selbstverständlich; die Drohung wurde aber meistens verlaubar, wenn es sich um Bestrebungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse handelte.

**Rentenzahlung an bedürftige Mannschaften.** Das Kriegsministerium bringt erneut in Erinnerung, daß Unteroffiziere und Gemeine, die wegen körperlicher Gebrechen aus dem aktiven Dienst entlassen werden und auf Rente keinen Anspruch haben, eine solche im Falle dringender Bedürftigkeit vorübergehend bis zum Betrage von 50 v. H. der Vollrente ihres Dienstgrades erhalten können. Bei Prüfung der Voraussetzungen für die Gewährung einer bedingten Rente wird den durch den Krieg verursachten, wirtschaftlich besonders schwierigen Verhältnissen in weitem Maße Rechnung getragen, um die Entlassenen vor Not zu schützen und ihnen den Übergang in die bürgerlichen Verhältnisse zu erleichtern. In gleicher Weise kann diese Rente auch dann gewährt werden, wenn bei der Entlassung wegen Geisteskrankheit Anstaltspflege notwendig und die Familie des Betroffenen unterstützungsbedürftig ist, doch ist dabei Voraussetzung, daß die Anstaltsbehandlung auf die Erwerbsfähigkeit des Mannes in absehbarer Zeit bessernd einwirken und dadurch den Übergang in die bürgerlichen Verhältnisse erleichtern kann.

**Die Lebensmittelversorgung der Schweiz.** Wie in fast allen europäischen Staaten, so ist besonders auch in der Schweiz die landwirtschaftliche Bevölkerung im Laufe der Jahre sehr zurückgegangen. Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der Schweiz (3,6 Millionen) beträgt nur noch etwa 30 Prozent. Die Eigenproduktion an Brotgetreide reicht in den 60er Jahren noch für etwa 200 Tage zur Ernährung des Volkes aus, in den letzten Jahren reicht sie nicht einmal mehr für 40 Tage. Neben England und den Niederlanden ist die Schweiz am meisten von der Getreidezufuhr des Auslandes abhängig; gegen 85 Prozent des Brotgetreidebedarfs muß die Schweiz aus dem Auslande beziehen. Mit zurückgehendem Getreidebau wandten sich die schweizerischen Landwirte mehr der Viehzucht zu. Bei der gesamten landwirtschaftlichen Kulturläche der Schweiz entfallen 37 Prozent auf Weideland, dessen größter Teil dem Alpengebiete angehört. Vor allem erfährt die Milchwirtschaft und die Käseproduktion eine Erweiterung. Trotz der vermehrten Viehzucht reicht jedoch auch die Fleischproduktion kaum hin, um nur 75 Prozent des Bedarfs der Bevölkerung zu decken. Auf Grund dieser Verhältnisse kann man es sich erklären, daß auch die Schweiz ihre Schwierigkeiten mit der kriegszeitlichen Lebensmittelversorgung hat.

**Die Wirkung der Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersrente.** Wie die Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr gewirkt hat, kann man aus den Veröffentlichungen in den „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts“ erfahren. Im Jahre 1914 liefen 82 914 Altersrenten, für welche 13 555 048 M. Rente ausgezahlt wurde. Durch die Post wurden im März 1916 1 095 898 M. an die Altersrentenempfänger ausbezahlt, die nicht bei den 10 besonderen Kasseneinrichtungen versichert sind. Man kann aus der Summe schließen, daß hier 81 600 Rentenempfänger in Frage kommen. Im Juni trat das neue Gesetz in Kraft. Man wurden im August durch die Post 2 631 965 M. an Altersrenten ausbezahlt. Aus dieser Summe kann man schließen, daß 197 926 Monatsbeträge ausgezahlt sind. Da die Renten, welche im Laufe des Jahres bewilligt sind und an solche Leute bezahlt werden, die schon vor dem 1. Januar das 65. Lebensjahr überschritten haben, vom 1. Januar nachbezahlt sind, so kann man zwar nicht annehmen, daß die Zahl der Rentenempfänger von 81 600 auf rund 198 000 gestiegen ist, aber mehr als verdoppelt wird sich die Zahl der Rentenempfänger haben. Man kann nicht annehmen, daß schon alle Rentenansprüche erledigt sind. Wahrscheinlich wird aber die Zahl der Rentenempfänger auf das Zweieinhalbfache steigen.

**Statistisches über das Innungswesen.** Nach einer amtlichen Uebersicht bestehen im deutschen Reiche insgesamt

50 Innungsverbände. An ihrer Spitze hinsichtlich der Zahl der angeschlossenen Innungen und Verbandsangehörigen ausschließlich Einzelmitglieder steht der Zentralverband deutscher Bäckerinnungen und 69 564 Genossen. In ziemlich bedeutendem Abstände folgt der Verband deutscher Fleischerinnungen in Köln, der 1254 Innungen mit 45 474 Genossen als Verbandsmitglieder zählt. An dritter Stelle erscheint der Bund deutscher Schneiderinnungen in Magdeburg mit 424 Innungen und 30 054 Genossen. Es folgen sodann der Bund deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacherinnungen in Berlin mit 635 Innungen und 27 136 Genossen, der Bund deutscher Schuhmacherinnungen Berlin mit 128 Innungen und 13 766 Genossen, der Bund deutscher Schmiedinnungen in Berlin mit 354 Innungen und 12 913 Genossen, der Innungsverband deutscher Bauerngewerksmeister in Berlin mit 342 Innungen und 10 155 Genossen. Bei sämtlichen anderen Verbänden bewegt sich die Zahl der Innungsangehörigen unter 10 000.

**Von der Zukunft der französischen Arbeiterschaft.** Die schweren Menschenverluste Frankreichs zeigen ihre düsteren Schatten schon heute in erregten Auseinandersetzungen über die wirtschaftliche Entwicklung des arbeitenden Volkes. Niemand verheißt mehr die Notwendigkeit der Einführung farbiger Arbeiter. Damit aber taucht zugleich die Lohnfrage brennend auf. Die Führer der Gewerkschaften treten schon jetzt mit der Forderung hervor, daß die Einführung dieser fremden Arbeitskräfte unter keinen Umständen die Löhne der französischen Arbeiter herabdrücken dürfe. Da andererseits die Arbeitgeber den fremden Arbeitern nicht den gleichen Lohn zahlen wollen und können, wie den einheimischen, so hatte eines ihrer Organe, „Le Bâtiment“, das Fachorgan der Bauunternehmer, vorgelegt, die gefährliche Frage dadurch zu lösen, daß die französischen Arbeiter als eine Art Prämie gegen den fremden Wettbewerb die Hälfte der Lohn Differenz zwischen ihren Löhnen und denen der fremden Arbeiter erhalten sollten. Der Generalsekretär Jouhaux des „Allgemeinen Arbeitsbundes“ hat dies aber als der Arbeiter unwürdig abgelehnt. — Neben dieser rein praktischen Seite der Frage taucht noch eine andere, für den Stolz der französischen Masse nicht minder bange Frage auf: Werden die Franzosen sich als Volk erhalten können? Jouhaux schreibt hierüber in dem obigen Zusammenhang in der „Bataille“:

„Jedenfalls kann es sich nur um eine Ergänzung der Arbeitskräfte und nicht um eine systematische Einführung gelber oder schwarzer Arbeiter handeln. . . . Unser Land darf kein kosmopolitischer Marktplat werden, wo sich alle Rassen mit Ausnahme der Franzosen begegnen würden, weil diese verschwunden sind.“

Darin hat also jetzt schon der Krieg geführt, daß solche Worte laut werden müssen. Freilich hat Frankreich den „kosmopolitischen Marktplat“ ausgedient, um mit seiner Hilfe Deutschland niederzuringen. Aber das kostet ja nur das Leben, und dafür sind die Schwarzen und Gelben gut genug. Nun weit größere Gefahren drohen, wächst das Gespenst der Furcht bei der „großen Nation“.

**Die Agrarverfassung Rumäniens.** Während in den sonstigen Balkanstaaten überall der landwirtschaftliche Klein- und Mittelbesitz überwiegt, herrscht in Rumänien der Großbesitz vor. Geschichtlich ist dies folgendermaßen zu erklären. Während nämlich in Serbien und Bulgarien unter der Türkenherrschaft der nationale Großgrundbesitz verschwand und an seine Stelle der mohammedanische blieben die rumänischen Grundherren, die Türken, im Besitze ihrer wirtschaftlichen Macht. Daher rührt die auffallende Verschiedenheit im sozialen Aufbau der ländlichen Bevölkerung: In Serbien und Bulgarien bedeutete die Verdrängung der türkischen Oberherren gleichzeitig die Verdrängung der Grundherren, oder mit anderen Worten die Bauernbefreiung. In Rumänien gewannen die dortigen Grundherren nach Vertreibung der türkisch-griechischen Beamten neben der wirtschaftlichen Macht auch noch die politische Herrschaft. Wiederholt hat Rumänien bereits unter schweren Bauernausständen zu leiden gehabt, deren größter sich im Jahre 1907 abspielte. Als Ursachen der Unzufriedenheit sind in erster Linie die ungeheure Steigerung der von den Bauern zu zahlenden Pachten und daneben die ungerechte Form der Pachtsverträge anzuführen. In Rumänien ist mehr als ein Drittel des bebauten Landes in den Händen von etwa 1000 Großgrundbesitzern, die ihre ausgedehnten Besitzungen in der Regel nicht selbst bewirtschaften, sondern an Großpächter verpachten, die ihrerseits wahre Ausbeuter der Arbeit der Bauern sind. Der Teil des bebauten Landes, der sich in den Händen der Großpächter befindet, beläuft sich auf über 65 Prozent. Diese großen Besitzungen werden dann in kleinen Landstücken von nicht mehr als 20 Hektar durch besondere Verträge und gegen Zahlung hoher Abgaben an Bauern verpachtet. Der letzte große Bauernaufstand vom Jahre 1907 hat zu einer Agrarreform geführt, die sich hauptsächlich auf die Einrichtung landwirtschaftlicher Spar- und Darlehnskassen sowie auf Bestimmungen über die landwirtschaftlichen Verträge bezog.

### Stadt und Land

Für Wochenblatt des christlichen Bauernvereins für Franken, dem „Fränkischen Bauer“ (Nr. 49), schreibt Stadtpfarrer Rahl:

„Alle vorhandenen Mittel, der ganze Erntesegen, den der Herrgott dem Bauern für das ganze deutsche Volk beschert hat, muß der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. All die Bestandaufnahmen, das Anmelden, Abmessen und Abgeben der geernteten Vorräte ist notwendig und muß gewissenhaft und genau durchgeführt werden.“

Für so kann es gerechter Ausgleich zwischen den Bauern und den anderen Ständen stattfinden. Der Bauer hat den von Gott gesendeten Beruf, der Ernährer des

liche Stille wird unterbrochen von dem Jammern der Schwerverkranken oder auch der Sterbenden. Für einen Kranken ist die Nacht ja immer am schlimmsten. Es ist mitunter ja auch nicht gerade heimlich, wenn man so bei gedämpfem Licht an Bett eines Sterbenden steht. Wenn der Tod in sicherer Nähe ist, stehen meist ja auch andere Kameraden auf und beten mit. Sehr schwer ist es da auch wieder bei einem Fremdsprachigen. Mit so einem Schwerverkranken kann man sich ja gar nicht verständigen, und bis man jedes Mal den Dolmetscher aus dem Schlaf geholt hat, vergeht viel Zeit, für einen solchen Kranken zu viel. Man lernt ja mit der Zeit selbst etwas von der fremden Sprache, aber was man dann im Notfall wissen muß, weiß man gewöhnlich nicht. Die Verhältnisse sind da auch zu verschieden. Dazu waren in einem Lazarett nicht weniger als fünf fremde Hauptsprachen vertreten. Hätte man es nur mit einer zu tun gehabt, dann wäre es noch eher was gewesen.

Außer in den Feldlazaretten sind ja auch Schwestern, Ordens- und auch andere Schwestern, die Kriegspflegerinnen, in den Lazaretten tätig. Den Gut ab vor den Ordensschwestern! Sie sind die berufenen Krankenpfleger. Ueber die jetzigen Pflegerinnen kann man ja auch allgemein nicht klagen, es gibt darunter sogar sehr edle, ideale Personen. Aber anfänglich hat es da wahrhaftig traurig ausgesehen. Aus allen möglichen, nur nicht idealen Motiven stürmten sie zu Anfang in Scharen in die Lazarette. Als aber der Krieg doch nicht so schnell zu Ende ging, zogen sie sich, je länger, je mehr, zurück, so daß die Unwürdigen heute wohl alle hinaus sind. Ja, da geht es ohne Ideale auf die Dauer nicht.

Es wäre nicht recht, wollte man nicht auch an dieser Stelle der verantwortlichen Arbeit unserer Ärzte gedenken. Das beste Zeugnis für sie ist die Tatsache, daß

in keinem anderen Lande der Welt der Prozentsatz der Geheilten so hoch ist, wie bei uns. Er beträgt bei uns, soviel ich weiß, 90.

Natürlich kann man im Lazarett auch allerhand Studien machen. Hier möchte ich nur sagen, daß sich das im Schützengraben so oft gepriesene Christentum im Lazarett nicht bewährt, ich meine natürlich im allgemeinen. Die Nähe des Todes stünkte manchen anders, aber es hielt sich nicht, als die Gefahr vorbei war.

Für unsere Bewegung ist es notwendig, daß wir die Lazarette mehr als bisher mit Lesestoff, mit Gewerkschaftsblättern versorgen. Mit Ausnahme derer, die ich regelmäßig besorge, habe ich noch nicht ein einziges Gewerkschaftsblatt gefunden, weder von unseren, noch von anderen Organisationen.

Für so manchen gewerkschaftlichen Dürdeberger wäre es gut, wenn man ihn öfter in ein Lazarett führte, in dem auch schwerverwundete Verbandskollegen liegen. Vielleicht würde er sich dann über seine schändliche Handlungsweise klar. Wenn er noch ein Fünftel Ehrgefühl im Leibe hat, würde er sich dann vor sich selber schämen. Dort die fürchterlichsten Opfer — er, der an den Opfern den größten Anteil hat, — der selbstjüchtige Dürdeberger.

Damit komme ich zum Schluß. Vorläufig noch arbeiten wir an der Verteidigung des Vaterlandes gegenüber dem äußeren Feind, und wenn das geschafft ist, dann gehen wir wieder mit frohem Mut daran, das Vaterland auch für die Minderbemittelten menschlich zu gestalten. Hoffen wir, es recht bald zu erreichen. In diesem Sinne bin ich mit freundlichem Gruß beim

G. Lang.

Sollte zu sein. Will der deutsche Bauer diesem Berufe untreu werden? Was würde man von einem Arbeiter sagen, der 50 M. Wochenlohn verdient, von demselben aber 40 M. für sich verbraucht und bloß den schuldigen Rest seiner Familie zum Unterhalt zuweist? „Ladenbater“ wäre die verdiente Bezeichnung! Einen solchen Namen wird der deutsche Bauer nie verdienen. Hungersnot in den Städten ist ja die Hoffnung unserer Feinde. Daß das Land durchhalten kann, das wissen diese sehr gut, daß aber die Städte den Mangel fühlen und aus Not revoltieren sollen, das hofft man bei unseren Feinden. Will der deutsche Bauer dazu helfen, daß unsere grünen Feinde auf ihre Rechnung kommen? Wie und warum? Durchschlagen der Städte durch die traurige Zeit des Krieges ist eine Grundbedingung zum endlichen Sieg. Will der Bauer diesen Sieg vorbereiten und damit auch die Arbeit vernichten, welche deutsche Bauernsöhne, sein eigenes Fleisch und Blut auf den Schlachtfeldern geleistet haben?

Wohlgemein der ganze Gottesdienst, die ganze Ernte der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt wird, dann wird es möglich, daß auch der unglückseligste Teil des Volkes dem Vaterland erhalten wird, der ebenso notwendig ist wie der Bauernstand. Der Stand der Bauern, der Kaufleute, der Arbeiter, der Lehrer, der Geistlichen sind notwendige Glieder im modernen Staat, so gut wie der Bauer. Will dieser zusehen, wenn alle anderen Stände Not leiden oder zugrunde gehen?

Die anderen Stände tragen auch in Kriegzeiten ihren Anteil an den allgemeinen Lasten, vom Munitionsarbeiter in der Fabrik angefangen bis zum höchsten Beamten, der für das Wohl des Vaterlandes eine Riesentlast an Arbeiten und Verantwortung zu tragen hat. Darum muß der Bauer gerade in diesen harten Tagen sich als den opferwilligen Ernährer des Volkes zeigen!

**Verbandsnachrichten**

**Elberfeld, den 26. November 1916.** Unsere Zahlstelle hielt heute die Jahres-Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Pih, wies einleitend auf die Wirkungen der Kriegszeit hin, die auch die Organisation stark beeinträchtigt habe. 105 Mitglieder sind zum Kriegsdienst eingezogen. Die Ortsgruppe der Pflegetage habe sich der Zahlstelle der Maurer und Hilfsarbeiter für die Kriegszeit angegliedert. Wie es auf allen Gebieten durchhalten heiße, so müsse auch für die Organisation das Lösungswort sein: Durchhalten. Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls von der letzten Generalversammlung erstattete der Kassierer, Kollege Wollweber, den Jahresbericht vom 3. Quartal. Aufgenommen wurden im 3. Quartal 13 Mitglieder. Die Revisoren erklärten, die Kassensführung in bester Ordnung befunden zu haben. Auch gab Kollege Wollweber einen kurzen Jahresbericht. Es fanden fünf Versammlungen und acht Vorstandssitzungen statt. Anschließend an den Bericht des Kassierers Wollweber, besprach Kollege Pih noch die Tarifkollaboration und die erregenen Lohnzulagen. Auch hob er die fleißige Mitarbeit der Tochter des Kassierers hervor, die im Verhinderungsfalle des Vaters, der oft auswärts arbeiten mußte, die Kassengeschäfte pünktlich besorgte. Bezirksleiter Kollege Lange dankte allen Vorstandsmitgliedern und allen Vertrauensleuten, auf denen während der drückenden Kriegszeit besondere Verantwortung und viele Einzelarbeit ruhte. Zur Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Die Kollegen Wollweber und Schäfer wurden als Parteibeamtete gewählt, zu Delegierten der Verwaltungsstelle die Kollegen Wollweber, Rohmann, Schäfer, Stredler und Pih. Sodann hielt Bezirksleiter Kollege Lange einen Vortrag über das Hilfsdienstgesetz. In der Diskussion wurden Befürchtungen laut, daß durch die Ueberweisung von privaten Unternehmern in Fabrikbetriebe Lohnzulagen eintreten könnten. Hierauf soll scharf geschrien werden. Kollege Lange wies noch auf die Möglichkeit hin, daß wir jetzt eine Reihe Kollegen zu Arbeitslosen mit Erfolg reklamieren können. Es sollen die Adressen der eingezogenen Mitglieder ermittelt werden. Hierauf wurde die Generalversammlung geschlossen.

**Wesen.** Das Kartell christlicher Arbeiter hat am 6. d. M. im Gasthaus „Deutsches Haus“ eine Sitzung ab. Der Vorsitzende, Heinrich Müller, wies bei der Eröffnung auf die jordan eingetroffene Siegesnachricht, den Fall von Buzareh, hin, der wieder zeige, was deutsche Kraft vermöge. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils, der sich im wesentlichen um die Anbahnung einer für die Mitglieder betriebe, erhielt Herr Weger das Wort zu dem Vortrage: „Die moderne Sozialpolitik“. Weger stellte u. a. folgendes dar: Die naturliche Erklärung für Sozialpolitik sei in ihrer Absicht zu finden, nämlich zu helfen und zu raten, zu lindern und zu wandern. Die moderne Sozialpolitik will außerdem hervorgehen: „Arbeiterrecht“ heiße das große Wort, das an der Spitze der modernen Sozialpolitik stehe; aber noch etwas Wichtiges habe sie auf ihr Programm gesetzt: sie will den sogenannten Kapitalisten ein menschenwürdiges Dasein verschaffen, sie will die Klassenunterschiede überbrücken, sie will verschönern, somit seien die Klassenunterschiede letzten Endes zu finden in dem, was Müggel heißt. Der Ausbau unserer jetzigen Sozialpolitik sei ein Weg von noch nicht 100 Jahren. Dieser, unter der Herrschaft der Selbstregierung, sei das notwendige Stadium, bei dem die Persönlichkeit für das Wohl der Allgemeinheit steht, dann und dann weiter. Es habe keine andere in diesem Stadium gegeben, das mit Hilfe von vielen anderen Ländern herüber zu kommen. Die Sozialpolitik der Zukunft sei ein Weg von noch nicht 100 Jahren. Dieser, unter der Herrschaft der Selbstregierung, sei das notwendige Stadium, bei dem die Persönlichkeit für das Wohl der Allgemeinheit steht, dann und dann weiter. Es habe keine andere in diesem Stadium gegeben, das mit Hilfe von vielen anderen Ländern herüber zu kommen.

bedeutung erklärt wurde; Einschränkung der Kinder- und Frauenarbeit, Führung von Arbeitsbüchern für Minderjährige, Ausstellung von Arbeitszeugnissen, Schaffung von Gewerbegerichten, von Arbeiterausschüssen, Aufstellung von Arbeitsordnungen, Vorschriften über die Auszahlung von Gehältern in bar, über Kündigung, über den Gehvertrug sei nur ein Teil des reichhaltigen Inhaltes, den die Gewerbeordnung aufweist. Der zweite Markstein der Sozialpolitik liege in der Hofschaff Kaiser Wilhelms I. vom Jahre 1881, die den Anstoß gegeben habe zu der großen staatlichen Gesetzgebung (Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung); der wesentliche und Endzweck dieser Gesetze wurden kurz dargestellt. Von bedeutendem Einfluß auf die Weiterentwicklung unserer Sozialpolitik seien gewesen: die Gründung des „Vereins für Sozialpolitik“ und der „Gesellschaft für soziale Reform“ mit den Herren von Berlepsch, Brande, Schmoller und Wagner an der Spitze, und neben der Presse nicht zuletzt die Tätigkeit der großen Arbeiterorganisationen; die Rolle der letzteren als Vertreter bei Lohnabschlüssen (Tarifverträgen) und bei Lohnstreitigkeiten (Streiks), ferner als Arbeitsvermittler (Arbeitsnachweise) wurden gestreift. Uebergehend auf die neueste soziale Gesetzgebung (Reichsversicherungsordnung, Angestelltenversicherung, Hausarbeitsgesetz, neues Kinderschutzgesetz), schloß der Redner den dritten Markstein der Sozialpolitik: die allgemeine Wohlfahrtspflege auf, den verschiedensten Gebieten, wie Wohnungs-, Gesundheits-, Erziehung-, Bildung-, Steuerwesen, Nüchternheitsbewegung, Konsumgenossenschaften u. a. m. Redner zeigte an Beispielen, welche Schäden hier vorhanden waren, wie man daran, sie zu beseitigen, und wie weit man vorgebrungen sei. Die Wirkungen zeigte am besten die Statistik über die Lebensdauer, die um neun Jahre, und die Erwerbstätigkeit, die um drei Jahre gestiegen sind. Die Frage: Hat die Sozialpolitik die Erwartung erfüllt? beantwortet Redner dahin, daß der soziale Frieden zwar nicht erreicht, daß aber in Anbetracht des Erreichten Verbitterung bei uns nicht gerechtfertigt sei; ein Vergleich mit anderen Ländern beweiße, daß deren sozialpolitische Maßnahmen

gefallen. Zu begrüßen sei es, daß die Jugendlichen verlässig und fleißig mitgearbeitet haben. Er appelliert an die weitere Mitarbeit. Niemand dürfe zurückbleiben. Die Sorge um die Organisation sei auch Pflicht gegenüber den kämpfenden Kollegen im Felde. Zum Gedächtnis der verstorbenen Kollegen, deren Andenken der üblichen Weise geehrt wurde. Dem Dank an Mitarbeiter schloß sich auch Kollege Lange an. Bei Vorstandswahl wurden gewählt bzw. wiedergewählt: Kollege Bangert 1., Mark. Adam 2., Vorsitzender; Kollege Jand 1., Pfeiffer 2., Kassierer; Manns 1., Straßer 2., Schriftführer. Als Revisoren wurden Kollegen Wehrheim und Straßer gewählt. Die bisherigen Verwaltungsstellenbeauftragten Bangert, Schaack, Pfeiffer und Pfeil wurden einstimmig wiedergewählt. Bezirksleiter Kollege Lange hielt dann einen Vortrag über das neue Hilfsdienstgesetz. Für die Ausfüllung der Kollegen dankbar. Bedauert wurde, daß nicht Mitglieder die wichtigen Ausführungen, insolge Abwesenheit, gehört haben. Jünglinge, welche sich ergebenden Schwierigkeiten, sollen dem Bezirksleiter sofort gemeldet werden. Hierauf erfolgte Schluß der Generalversammlung.

**Gerichtliches**

**Die Arbeiterwohnungsfrage.** Altkönig in Münchener Verlag „Lehmann“ ein ausgezeichnetes Buch über: „Die Arbeiterwohnungsfrage in Deutschland“ erschienen. Mit besonderer Berücksichtigung der Baugenossenschaften, dargestellt von Mich. Gasteiger, Redakteur „Arbeiter“. (Preis 6 M. zu beziehen durch den christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln, Benloer Wall 8.) Die 168 Seiten umfassende Arbeit Gasteigers bildet eine sachgemäße, gründliche, vorzügliche Begründung und wertvolle Ergänzung zu den programmatischen Wohnungsforderungen der christlichen Arbeiterchaft. So ist das Buch sowohl willkommen und zweifellos geeignet, der Sache wie der christlich-nationalen Arbeiterbewegung wertvolle Dienste zu leisten, Allen, die sich mit Fragen der Wohnungsreform beschäftigen, insbesondere für die Arbeiter das Buch eine Fundgrube für die Theorie und Praxis sein. Mit großem Fleiß hat Gasteiger eine Material aus der vorhandenen reichhaltigen Literatur zusammengetragen, dabei jedoch in geschickter Weise mieden, die von niemand zu leugnende Wohnungsnot durch Anführung von Einzelbeispielen und langweiligen Zahlenangaben erneut zu belegen. In keiner Gewerkschaftsbibliothek sollte das Buch fehlen.

**Im Verlage des Sekretariats Sozialer Studienarbeit** in W. Gladbach sind folgende Werke erschienen: „Das Wesen französischer Macht“ von Firmin Coar (W. i. W.), „Selben Kameruns“ von Hermann v. (Münster a. L.), „Admiral Brommy und die erste deutsche Flotte“ von Gustav Siegenbach (Freiburg i. B.), „U und Staat in Belgien“ von Joseph Vöhr (Breslau), „U dem Halbmond im Weltkrieg“, Kriegsgeschichten von G. Palm (Köln), „Gera und Scherz“, eine Gedicht von Heinrich Adolf Grimm, „Deutschland wird Sieg kriegerische von Franz Joseph Abel (Essen)“, „Frieden“, Gedichte von Christoph Wiprecht (Essen), „Kriegskolonnen“, Gedichte aus den Schicksalstagen bis 1916 von Kurt Arnold Findeisen (Plauen). Preis je 20 Pf.

**Bekanntmachungen**

**Bekanntmachung des Zentralvorstandes**

**Achtung, Verwaltungsstellenkassierer!** Vom 27. Dezember ab werden die Abrechnung formulare für das vierte Vierteljahr versandt. Da ab werden keine alten Marken mehr von Zentrale ausgegeben. Ende Dezember 1916 verli die alten Marken ihre Gültigkeit. Bei der Einreichung der Abrechnungen und der übrigen alten Marken können gleichzeitig neue Marken bestellt werden, die gehen dann den Kassierern sofort zu. Bevor die alten Marken mit der Abrechnung nach hier gesandt sind, können keine neuen Marken versandt werden.

**Der Zentralvorstand.**

S. A.: Jos. Wiebeberg, I. Vorsitzender

**Achtung, Zahlstelle des Eichsfeldes!**

Am Sonnabend, den 6. Januar, vormittags 11 Uhr findet im Lokale Liboli in Duderstadt, und Sonntag, den 7. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr, in der Lokale Preußischer Hof eine Konferenz aller Zahlstellen des Eichsfeldes und der Nachbargebiete statt. Tagesordnung:


**Das Stottdienstpflichtgesetz.**

Die Wichtigkeit der Tagesordnung muß alle Zellen veranlassen, Vertreter zu dieser Konferenz zu senden.

Die Zahlstellen besuchen die Konferenz in dem Maße, welcher ihrem Wohlstand am nächsten liegt.

Kollege Wiebeberg wird auf beiden Konferenzen weisend sein. Eine besondere Einladung folgt nicht. Mit kollegialen Gruß:

H. Kumbro



**Es starben den Selbentod fürs Vaterland die Kollegen:**

|                            |                                    |
|----------------------------|------------------------------------|
| <b>Sof. Nadolett,</b>      |                                    |
| <b>Leo Schwabe.</b>        | <b>Zahlstelle Oliva, Zimmerer.</b> |
| <b>Sof. Fütterer.</b>      | <b>Zahlstelle Westhausen.</b>      |
| <b>Hubert Nolte.</b>       | <b>Zahlstelle Fuhnbach.</b>        |
| <b>Wih. Gorg aus Durl,</b> |                                    |
| <b>Kaver Wolfram,</b>      |                                    |
| <b>Sof. Geißelbrecht.</b>  | <b>Zahlstelle Grohobendbrunn.</b>  |

**Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.**

Unsere Einrichtungen nicht heranreichen, so setzen wir England von 18 Millionen Arbeitern nur 6 Millionen und in Italien von 10 Millionen Arbeitern nur 1 Million gegen Frankreich verifiziert. England sei uns lediglich mit seinem Arbeitsministerium, das schon vor Ausbruch von Streiks eingreife, und mit seinen staatlichen Lohnämtern voraus. Diesen Weg hätten auch wir jedenfalls schon betreten, wenn nicht der Krieg gekommen wäre; denn das weitere Programm, das die Arbeiterorganisationen immer wieder vorbringen, enthalte u. a. die Forderungen auf Gründung eines Reichsausschusses; die weiteren Forderungen beziehen sich auf Arbeitslosenversicherung, Koalitionsfreiheit, Arbeitsverträge für Dienstboten, Rechtsfähigkeit der Berufsvereine usw. Nicht alle Forderungen seien von Reichs- und Staatswegen in ihrem ganzen Umfang erfüllbar; die Regierung hätte auch die Interessen der Arbeitgeber zu berücksichtigen, von deren Seite wiederholt vor Ueberspannung des sozialpolitischen Bogens gewarnt worden sei. Aber von einem Halt in der Sozialpolitik kann natürlich keine Rede sein; eine ruhige, stetige Entwicklung wird trotz der unerwünschten Folgen, auf die Prof. Bernhard in bezug auf die staatliche Sozialversicherung hinweist, nötig sein, wenn Deutschland auch länger im Wettbewerb der Völker standhalten will; dafür büret auch das Kaiserwort: „Es ist mein Wille, fortzuführen, das Los der Armen und Bedrängten zu verbessern.“ Auf den Vortrag folgte eine lebhafte Aussprache.

**Wesen, den 26. November 1916.** Unsere Zahlstelle hielt heute ihre Jahres-Generalversammlung ab. In dem Jahresbericht, den der Vorsitzende, Kollege Bangert, erstattete, ermahnte er, daß man mit Schmerz zusehen müsse, wie Kulturvölker einander vernichten wollten. Dazu habe es kein Recht. Wir Deutsche leben uns nicht vor, sondern das können unsere militärischen Erfolge. Im Hinblick auf die Organisation vor der nächsten Frage der Tagesordnung schloß er: „Es ist natürlich geistig und sehr 10 Pf. Vorbereitung pro Stunde gebührt.“ Der Vortrag sei herzlich begrüßt worden. Weiter sind die Berichte der Zahlstellen immer weiter geflossen und wurde auch der Jahresbericht nicht mehr auf, da auch die Tagesordnung abgelesen für den nächsten Tag. Die Zahlstelle habe sich auf 130 Mitglieder